

GNADE GIBT ES NICHT ...

Die Vertreibungskatastrophen der Deutschen in Ost-Mitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg

Band VIII/05

Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/-136E-157E): >>Obwohl die Ausweisung der deutschen Bevölkerung östlich der Oder-Neiße-Linie nur die Endphase jener Ereignisse darstellt, die insgesamt die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung ausmachen, und obwohl sie für viele der Betroffenen geradezu das Ende eines unerträglichen Zustandes und die Erlösung von unsäglichen Verfolgungen und Leiden heraufführte, ist sie das eigentliche Zentralereignis im Vertreibungsschicksal der Ostdeutschen.

Alle vorhergegangenen Ereignisse werden - wie am Phänomen der Flucht bereits dargelegt wurde - ja nur deshalb zum Gesamtprozeß der Vertreibung gehörig betrachtet, weil sie am Ende alle in die Ausweisung mündeten. Entweder waren sie, wie die Verfolgungen und Diskriminierungen unter russischer und polnischer Herrschaft, der Ausweisung unmittelbar vorgegangen und hatten teils bewußt auf sie hingeeilt, oder sie erhielten, wie die Flucht vor der Roten Armee, erst durch den Beschluß der Ausweisung den Charakter gewaltsamer Vertreibung.

Der Beschluß der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung, der aus den Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion und den Vertretern Polens gewissermaßen als ein Nebenergebnis hervorgegangen war, wird durch die Lawine von Ereignissen, die er auslöste, für den rückschauenden Betrachter zu einer der folgenreichsten Maßnahmen, die am Ende des Krieges getroffen worden sind. Aus den Bemühungen, den Ansprüchen Sowjetrußlands auf Ostpolen Genüge zu tun, und dort gleichzeitig ein starkes Polen zu schaffen und dessen Gebietsverlust im Osten durch einen erheblichen Zuwachs im Norden und Westen auszugleichen, war die Idee der Oder-Neiße als polnische Westgrenze entstanden.

Wollte man aber diese Verlagerung des polnischen Staatsgebietes von Osten nach Westen für die Vertreter Polens überhaupt schmackhaft machen, so ergab sich die Notwendigkeit, für die polnische Bevölkerung aus dem Rußland überantworteten Gebieten östlich der Curzon-Linie neue Wohngebiete in Ostdeutschland zu schaffen. Dies aber machte, so argumentierte man mit erstaunlicher Logik weiter, hinwieder die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung nötig. Das Ganze erschien dann nur als harmloser und durchaus nicht unmenschlicher "Bevölkerungsaustausch" oder "Bevölkerungstransfer".

Die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung war so das Schlußglied einer langen Kette von Neuordnungen auf der politischen und ethnographischen Landkarte Ostmitteleuropas, die in Ostpolen ihren Anfang nahmen, aber allesamt auf der Voraussetzung der Übergabe Ostdeutschlands an Polen basierten. Es muß hinzugefügt werden, daß die Forderung der Annexion von Teilen Ostdeutschlands schon in der polnischen Kriegspolitik und Kriegspropaganda, unabhängig von der späteren Kompensationsidee, einen festen Programmpunkt bildete.

Sowohl die wirtschaftlichen und politischen Folgen, die eine Abtrennung Ostdeutschlands bei gleichzeitiger Verpflanzung seiner Bevölkerung nach dem Westen für das verbleibende Restdeutschland und darüber hinaus für ganz Europa haben mußte, ebenso wie die humanitäre und rechtspolitische Seite dieser Aktionen sind in den Jahren 1943/44, als der Gedanke der Oder-Neiße-Linie und der Ausweisung sich zu einem Programm verfestigte, kaum bedacht worden,

da die Niederrichtung des nationalsozialistischen Deutschland die Kriegspolitik der Alliierten ausschließlich bestimmte.

Die ohnehin in jedem Kriege festzustellende Erhitzung der Stimmungen steigerte sich unter den Gegnern Deutschlands im zweiten Weltkrieg durch die nationalsozialistischen Maßnahmen in den besetzten Gebieten und verstärkte die Neigung zu radikalen und unüberlegten Gewaltmaßnahmen. Nur daraus kann man es verstehen, daß nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Westmächte sich zu einer Nachkriegspolitik bereitfinden konnten, die die gewaltsame Aussiedlung von vielen Millionen Deutschen vorsah.

Wohl meldete noch vor Kriegsende auf der Konferenz von Jalta (Februar 1945) vor allem Churchill ernste Bedenken gegen ein solches Vorgehen an. Doch auch sie richteten sich nur gegen das übergroße Maß der polnischen Gebietsforderungen, nicht etwa prinzipiell gegen die Ausweisung als solche.

Im Prinzip war man sich unter den Gegnern Deutschlands über die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung aus den an Polen abzutretenden östlichen Teilen des Reiches schon seit Teheran einig. Man meinte sogar, auf diesem Wege gleichzeitig ein für allemal mit dem deutsch-polnischen Minderheitenproblem "reinen Tisch machen" zu können, das seit dem ersten Weltkrieg schon mehrfach Gegenstand internationaler Verhandlungen gewesen war und den Ausbruch des zweiten Weltkrieges mit ausgelöst hatte.

Für eine Radikallösung schienen auch geschichtliche Vorbilder namhaft gemacht werden zu können. So berief sich der Präsident der USA ausdrücklich auf das Beispiel der Aussiedlung der Griechen aus der Türkei im Jahre 1923, die außenpolitisch in der Tat zur Befriedung geführt hatte, für die betroffene Bevölkerung aber mit schwersten Leiden verbunden war.

Zweifellos war auch die nationalsozialistische Politik nicht schuldlos daran, daß überhaupt Maßnahmen wie die der Umsiedlung und Verpflanzung millionenzähliger Volksgruppen als Mittel zur Erreichung einer politischen Neuordnung betrachtet wurden. Schon gleich nach dem deutsch-polnischen Krieg von 1939 hatte sie die Aussiedlung von Polen aus Westpreußen und der früheren Provinz Posen begonnen, diese Aktion allerdings sehr bald, bevor sie größere Ausmaße annahm, abgebrochen.

Viel konsequenter wurde aber die Rück siedlung deutscher Volksgruppen, z.B. aus dem Baltikum, Bessarabien, der Bukowina, betrieben. Sie beruhte zwar auf vertraglichen Abmachungen und wurde teilweise als Bevölkerungsaustausch deklariert, das Beispiel der Entwurzelung und Nomadisierung, der Verdrängung einheimischer Bevölkerung, um für eine andere Platz zu schaffen, hatte sie jedoch gegeben, selbst wenn man ihr zugute halten muß, daß die umgesiedelten deutschen Volksgruppen vor dem Schicksal der Bolschewisierung bewahrt werden sollten.

Sowohl die hitlerische Ansiedlungspolitik in einem durch den militärischen Sieg über Polen nach Osten gewaltsam erweiterten Staatsgebiet, wie in unvergleichlich größerem Umfang die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung aus den unter russische und polnische Herrschaft gefallenen deutschen Gebieten kann man als die letzte Radikalisierung und zugleich als das Ende der Nationalstaatsidee bezeichnen, als den Moment in der Logik des nationalstaatlichen Denkens, wo sich dieses selbst ad absurdum führte.

Man war jetzt schließlich von der Assimilation einer Bevölkerung innerhalb eines staatlichen Raumes zur "Reinigung" eines Raumes fortgeschritten, dessen Grenzen nach rein machtpolitischen Erwägungen gezogen wurden. Sowohl die von Hitler nach Osten vorgeschobene Grenze als auch die im Potsdamer Abkommen festgesetzte Oder-Neiße-Linie standen in krassem Widerspruch zur Nationalität der in diesem Gebiet Ostmitteleuropas lebenden Bevölkerung. Sie waren gerade entgegen allen nationalstaatlichen Gesichtspunkten entstanden, und man verschlimmerte diese Gewaltlösung nur noch, indem man nachträglich durch radikale Aus- und Umsiedlungen die so gröblich verletzte Einheit von Staats- und Volksgrenzen wiederherstel-

len wollte.

Der Umstand, daß die Abtretung beträchtlicher Teile Ostdeutschlands an Polen und die Ausweisung der in diesen Gebieten lebenden Deutschen spätestens seit Anfang 1944 von den Alliierten geplant und über dieses Vorhaben bereits Monate vor Kriegsende zwischen den Großen Drei grundsätzliche Einmütigkeit erzielt worden war, hat die seit Anfang Januar 1945 nach Ostdeutschland eindringende Rote Armee und die nachfolgenden polnischen Behörden von vornherein dazu bestimmt, der Ausweisung möglichst gründlich vorzuarbeiten, ehe diese selbst vollzogen werden konnte. Hatte doch Marschall Stalin schon in Jalta zur Beschwichtigung Churchills erklärt, daß nur wenige Deutsche zurückbleiben würden, wenn sowjetische Truppen nach Ostdeutschland vordrängen.

Daran wird deutlich, daß die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung, ja möglicherweise ihre Forcierung durch ein entsprechend radikales Vorgehen der russischen Truppen bereits ganz bewußt in Hinsicht auf die spätere Ausweisung als eine begrüßenswerte Vorarbeit angesehen wurde, und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch bei späteren sowjetischen Maßnahmen, wie der Deportation von Hunderttausenden ostdeutscher Zivilpersonen nach der Sowjet-Union, der Gesichtspunkt eine Rolle spielte, durch eine Verringerung der Anzahl der noch östlich der Oder und Neiße lebenden Deutschen die künftige Ausweisung zu erleichtern.

Noch näher liegt die Annahme solcher Bestrebungen bei der provisorischen polnischen Regierung, die bereits im Frühjahr 1945 durch ihre Behörden und Milizeinheiten weite Gebiete Ostdeutschlands verwaltete und in deren Namen schon im August 1944 im Zusammenhang mit der Frage der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung geäußert worden war, es stünde zu hoffen, daß die Rote Armee zu diesem Zeitpunkt bereits "alle erwachsenen Deutschen ins Innere Rußlands zur Wiederaufbauarbeit geschickt haben" würde.

Auch in der auf der Potsdamer Konferenz von polnischer Seite vorgebrachten Versicherung, ein großer Teil der Deutschen werde die Gebiete jenseits der Oder und Neiße freiwillig verlassen, wenn diese dem polnischen Staat unterstellt würden, darf man mit gutem Grund den ungesagt gebliebenen Vorsatz der polnischen Regierung erkennen, alles irgend mögliche zu tun, um schon während der polnischen Verwaltung und vor der Ausweisung die Verminderung der ostdeutschen Bevölkerung in die Wege zu leiten und den Deutschen eine Behandlung widerfahren zu lassen, die ihren Willen, in der Heimat zu bleiben, sehr bald brechen würde.

Wie die vorangegangene Darstellung über das Schicksal der östlich der Oder und Neiße befindlichen deutschen Bevölkerung unter russischer und polnischer Herrschaft zu erkennen gibt, ist sowohl die Verminderung der Zahl der Deutschen als auch die Entfremdung ihrer Heimat in erschreckendem Umfang erreicht worden, noch ehe die Ausweisungen selbst begannen. Dabei tut es nur wenig zur Sache, ob dieses Ergebnis stets mit bewußtem Vorsatz oder ohne unmittelbare Absicht in erster Linie aus Rache und Vergeltungsmotiven, aus dem Streben nach Bereicherung oder aus anderen Gründen geschah.

Fest steht in jedem Falle, daß schon das Vorgehen der Roten Armee, das die panische Massenflucht der deutschen Ostbevölkerung bewirkte, eine Austreibung mit anderen Mitteln war und daß erst recht die zahllosen Übergriffe, Erniedrigungen und Gewalttaten, die die ostdeutsche Bevölkerung unter der Herrschaft von Russen und Polen über sich ergehen lassen mußte, der schließlichen Austreibung in jeder Weise vorgearbeitet haben.

Dies gilt insofern, als während dieser Zeit zahllose Deutsche zugrunde gingen, als die Mehrzahl der Überlebenden auf eine Stufe bloßen Vegetierens herabgedrückt wurde, als die innere Entfremdung von der Heimat durch Verlust des Eigentums, Entzug des Rechtsschutzes und der Existenzmöglichkeiten bei der großen Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung schon erreicht war, ehe mit der Ausweisung der letzte Schritt getan wurde.

Wie radikal diese Vorbereitung der Ausweisung während der Zeit der russisch-polnischen Verwaltung jenseits der Oder-Neiße-Linie geschehen war, wird höchst eindrucksvoll belegt

durch den sich aus vielen Berichten ergebenden Eindruck, daß der Akt der zwangsweisen Ausweisung oft von den Betroffenen gar nicht mehr als jener gewalttätige Eingriff empfunden wurde, der er doch war, weil schwerere und leidvollere Gewaltmaßnahmen vorhergegangen waren.

Die Einschüchterung und Niederdrückung der deutschen Bevölkerung waren so gründlich erreicht worden, daß die Ausweisung für sie bisweilen eine ganz andere Funktion erhielt: sie schien wenigstens im Augenblick die Möglichkeit zu bieten, ein Stück der verlorenen Heimat wiederzugewinnen, weil sie unter Deutsche nach Deutschland führte und in Lebensverhältnisse, die niemals schlechter sein konnten als das bisher Erlittene.

Für das Verständnis des Gesamtprozesses der Vertreibung ist es unerläßlich, diese Zusammenhänge in aller Deutlichkeit zu sehen und nicht etwa die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung lediglich vom Verlauf der Ausweisungsaktionen her zu betrachten und zu beurteilen.

Die Ausweisung der deutschen Bevölkerung, die sich nach der Besetzung Ostdeutschlands noch in den Gebieten östlich der Oder und Neiße befand oder dorthin zurückgekehrt war, vollzog sich in einzelnen zeitlich begrenzten Etappen als ein Prozeß, der mehrere Jahre in Anspruch nahm und erst in der unmittelbaren Gegenwart abgeschlossen zu sein scheint.

Innerhalb dieses Zeitraumes von mehreren Jahren veränderten sich nicht nur die polnischen Methoden der Ausweisung, auch die politischen und volkswirtschaftlichen Voraussetzungen und Absichten, die ursprünglich zu einer forcierten und beschleunigten Ausweisung der Deutschen gedrängt hatten, machten entgegengesetzten Bestrebungen Platz, so daß schließlich die Ausweisung der letzten noch unter polnischer Herrschaft stehenden Deutschen immer mehr verzögert wurde.

Die Politik gegenüber der restlichen deutschen Bevölkerung zielte schließlich nach Jahren nicht mehr auf die Ausweisung, sondern machte im Gegenteil jede Ausreise der Deutschen geradezu unmöglich und drängte sie mit allen Mitteln dazu, im Lande zu bleiben und die polnische Staatsbürgerschaft anzunehmen.

Zu Beginn der polnischen Verwaltung Ostdeutschlands war der Austreibungswille noch uneingeschränkt herrschend. Ehe noch die Potsdamer Konferenz getagt hatte und ein offizieller Beschluß der Siegermächte über die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung vorlag, begannen die polnischen Behörden bereits, die Deutschen entweder durch systematischen Druck und wiederholte Aufforderung zur Ausreise zu bewegen oder sie kurzerhand gewaltsam aus ihren Wohnorten zu vertreiben.

In der Zeit vor dem Potsdamer Abkommen war es vor allem die deutsche Bevölkerung Danzigs, die diesem Druck unterlag. Hatte man sich schon bei der Einrichtung polnischer Behörden in Danzig aus offensichtlichen politischen Gründen besonders beeilt, so sollte aus den gleichen Motiven auch die Entfernung der Deutschen aus Danzig so schnell wie möglich beendet sein.

Schon im Juni 1945 wurde die deutsche Bevölkerung der Stadt durch öffentliche Anschläge dringend zur Ausreise aufgefordert. Diejenigen Deutschen, die - durch ihre bisherigen Erlebnisse unter Russen und Polen zermürbt - diesen Aufforderungen Folge leisteten, erhielten von den polnischen Behörden Ausreisescheine und wurden in Eisenbahnzügen nach Westen über die Oder transportiert. Neben den öffentlichen Aufforderungen wurden jedoch auch massivere Maßnahmen zur Verdrängung der Deutschen durchgeführt.

Ganze Straßenzüge wurden zwangsweise durch polnische Miliz von Deutschen geräumt und die innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen Vertriebenen in geschlossenen Eisenbahntransporten, meist in Richtung Stettin, abgeschoben.

Die Regelmäßigkeit, mit der von Danzig aus Züge mit Vertriebenen nach Westen abgingen, durch Pommern hindurchfahren und auf dem Bahnhof Stettin-Scheune ankamen, reizte zahl-

reiche beutelustige Polen und auch russische Soldaten zu fortgesetzten Beraubungen. Nicht selten bildete sich auf den Bahnhöfen und Zwischenstationen ein regelrecht organisiertes Plünderungs- und Raubsystem aus, dem kaum einer der Deutschen entging.

Die Folge der radikalen polnischen Maßnahmen und der unerträglich gewordenen Lebensverhältnisse war, daß die Mehrzahl der über hunderttausend Deutschen, die noch nach der Eroberung in Danzig wohnten, sofern sie nicht in polnische Lager oder zur Zwangsarbeit nach Rußland deportiert worden waren, bereits im Sommer 1945 Danzig verließen. Am Ende des Jahres 1945, als in manchen anderen Orten östlich der Oder und Neiße noch keinerlei Ausweisungen stattgefunden hatten, lebten in Danzig nur noch einige Zehntausend Deutsche.

War in Danzig bei der Aussiedlung der Deutschen noch weitgehend der Anschein der Freiwilligkeit gewahrt worden, so hatten die Polen Ende Juni 1945 bereits eine noch umfassendere und radikalere Austreibungsaktion begonnen, von der ganz Ostbrandenburg, aber auch die westlichen Teile Ostpommerns und Niederschlesiens betroffen wurden.

Offenbar handelte es sich dabei nicht um ein Vorgehen der einzelnen örtlichen polnischen Behörden, sondern um eine von höchster polnischer Stelle zentral geleitete Aktion, hinter der sehr wahrscheinlich der politische Zweck stand, das unmittelbare Hinterland der Oder-Neiße-Linie möglichst von Deutschen frei zu machen und diese von den Polen geforderte Grenzlinie bereits vor der Potsdamer Konferenz in gehöriger Weise als solche zu markieren.

Die Austreibung der deutschen Bevölkerung aus diesen nahe an der Oder und Neiße gelegenen Gegenden schien den Polen um so einfacher zu sein, als es dazu keiner Eisenbahntransporte bedurfte, die zu dieser Zeit durch die weitgehenden Zerstörungen und Demontagen ganz erheblich erschwert gewesen wären.

Von der Ostsee im Norden bis nach Schlesien im Süden geriet das Hinterland der Oder und Neiße in einer Tiefe von 100-200 km in den letzten Junitagen schlagartig in Bewegung. Überall erschienen polnische Soldaten, mitunter auch polnische Miliz, besetzten die Dörfer und Städte, sperrten die Ausgänge und befahlen das Verlassen der Häuser und die Sammlung aller deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist.

Mit einigem schnell zusammengerafften Gepäck, das auf Handwagen und Schubkarren verpackt oder auf dem Rücken getragen werden mußte, wurden die Deutschen aus ihren Wohnungen vertrieben und zu einem Zuge formiert. Dieser setzte sich nach Westen in Bewegung, traf unterwegs mit anderen Zügen zusammen und gelangte schließlich nach tagelangen qualvollen Märschen, auf denen das aus Soldaten und Milizangehörigen bestehende Begleitpersonal Plünderungen und Gewalttaten verübte, an die Oder bzw. die Neiße.

Dort drängten sich bald ungeheure Massen zusammen, die über die wenigen Flußübergänge nach Westen getrieben und am anderen Ufer, im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone, sich selbst überlassen wurden. In den Städten hinter den Flußübergängen, vor allem in Stettin, Küstrin, Frankfurt, Cottbus und Görlitz, entstanden infolge der plötzlichen Vertreibung von Hunderttausenden aus Ostdeutschland in den letzten Junitagen und den folgenden Wochen im Juli 1945 eine ungeheure Überfüllung und ein durch Hunger, Obdachlosigkeit und völlige Ratlosigkeit der zusammengepferchten Massen gekennzeichnetes Chaos.

Dies vervielfachte sich noch dadurch, daß sich hier gleichzeitig alle jene zusammenfanden, die nach der Flucht vor der Roten Armee wieder nach Ostdeutschland zurückkehren wollten, aber nicht über die Oder und Neiße nach Osten hinübergelassen wurden.

Keine Etappe der späteren Ausweisungen verlief unter ähnlich unmenschlichen und so brutalen Methoden wie diese erste, noch vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens vollzogene Vertreibung des größten Teils der ostbrandenburgischen Bevölkerung und zahlreicher Deutscher aus Ostpommern und Niederschlesien.

Nachdem Hunderttausende von Deutschen Ende Juni/Anfang Juli unter demütigendsten und entehrendsten Bedingungen von Haus und Hof verjagt worden waren, wurde diese Aktion

ebenso plötzlich, wie sie begonnen hatte, gegen Mitte Juli gestoppt. Offenbar geschah dies auf Einspruch der sowjetischen Befehlshaber, die sich der Ausweisung der Deutschen hier und da bereits vorher hemmend in den Weg gestellt, teils sogar die Oderübergänge nicht freigegeben hatten.

Sicher war dabei die Rücksicht auf die Wirkung, die das Bekanntwerden dieser Aktion auf die verbündeten Westmächte haben würde, mitbestimmend, vor allem aber die Befürchtung, daß eine Fortsetzung dieser radikalen Austreibungen im angrenzenden Gebiet der sowjetischen Besatzungszone katastrophale Zustände schaffen würde.

Nur diesem Umstand war es zu verdanken, daß es in Oberschlesien, wo die Polen, besonders im Kreis Neiße und Umgebung, ebenfalls in den letzten Junitagen damit begonnen hatten, die Deutschen systematisch aus ihren Wohnungen zu vertreiben und sie entweder in Lager einzuliefern oder einfach aus ihren Wohnorten zu verjagen, nicht mehr zu einer effektiven Austreibung kam. Hier wie auch in Niederschlesien, Ostbrandenburg und Ostpommern durften die Vertriebenen, nachdem sie oft viele Kilometer von ihren Wohnorten entfernt waren, wieder zurückkehren, weil die geplante Aktion plötzlich abgebrochen worden war. Selbst von denen, die bereits westlich der Oder-Neiße-Linie angelangt waren, kamen einige wieder in ihre Heimat zurück.

Dennoch hat diese erste, auf den Zeitraum von 2-3 Wochen beschränkte, aber mit äußerster Konsequenz durchgeführte Vertreibungsaktion dazu geführt, daß schätzungsweise 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem östlichen Hinterland der Oder und der Neiße aus ihrer Heimat entfernt wurden. Besonders die Dörfer und Städte Ostbrandenburgs waren bis auf einen kleinen Rest von Deutschen, die für die Russen arbeiteten oder aus anderen Gründen von der Austreibung verschont blieben, entvölkert. Desgleichen war im westlichen Teil des Regierungsbezirkes Liegnitz und im Regierungsbezirk Stettin eine erhebliche Verminderung der deutschen Bevölkerung eingetreten.

Nachdem in dieser Weise in dem Landstreifen östlich der Oder-Neiße-Linie eine weitgehende Dezimierung der deutschen Bevölkerung erzielt worden war, konnten sowohl Stalin als auch die Vertreter Polens in Potsdam bei den Westmächten die Vorstellung verbreiten, als befänden sich in den deutschen Gebieten östlich der Oder und Neiße nur noch unerhebliche Reste der deutschen Bevölkerung, was nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, die Bedenken der westlichen Staatsmänner gegen eine Ausweisung der Deutschen zu zerstreuen.

Als schließlich im Artikel XIII des Potsdamer Abkommens die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung offiziell verfügt wurde, war damit noch keineswegs über alle Fragen Klarheit geschaffen. So sagte dieser Artikel über das künftige Schicksal der deutschen Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens überhaupt nicht aus, und die Ausweisung der Deutschen aus Polen wurde mit dem sehr undeutlich formulierten Satz begründet: "Die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß."

Eine Definition dessen, was unter Polen zu verstehen sei, enthielt der Artikel nicht. Nichts war darüber ausgesagt, ob auch die ostdeutschen Gebiete, die nur unter polnische Administration gestellt waren, davon betroffen sein sollten, was von den polnischen und sowjetischen Politikern einfach unterstellt wurde, während die Staatsmänner der Westmächte absichtlich oder unabsichtlich diese Unklarheit nicht aufhellten.

Im übrigen bestimmte der Artikel XIII des Potsdamer Abkommens, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung "in an orderly and humane manner" (d.h. in geordneter und humaner Weise) durchzuführen sei, und enthielt die Aufforderung an die polnische Regierung, weitere Ausweisungen einzustellen, bis durch den Kontrollrat die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Besatzungszonen geprüft worden und ein Ausweisungsplan aufgestellt sei. An diese Be-

schlüsse hat sich die polnische Regierung jedoch wenig gehalten.

Obwohl der Ausweisungsplan des Kontrollrats erst am 17. Oktober 1945 unterzeichnet wurde, sind schon im August und September durch lokale polnische Behörden, vor allem in Oberschlesien, zahlreiche Deutsche in Lagern zusammengefaßt und in geschlossenen Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone befördert worden.

Im Oktober/November wurden diese Ausweisungen in vollem Maße auch auf Pommern und den Südteil Ostpreußens sowie auf Teile der ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen ausgedehnt und wuchsen zu einer neuen Großaktion an. Teils wurde die Bevölkerung ganzer Orte, teils nur die Nichtarbeitsfähigen betroffen, sehr oft auch die bäuerlichen Grundbesitzer. Die Ausweisung dieser letzteren stand offensichtlich im engsten Zusammenhang mit der Ankunft polnischer Ansiedler.

In den Dörfern wird dieser Vorgang der Ausweisung der Bevölkerung sehr deutlich. Tage und Wochen nachdem die Polen die Höfe besetzt hatten, oft nachts oder in den frühen Morgenstunden, binnen einer halben Stunde oder nur zehn Minuten, wurden die Bauern plötzlich zum Verlassen ihrer Wohnungen gezwungen. Es war ihnen kaum möglich, außer der notwendigen Bekleidung noch irgend etwas Brauchbares mitzunehmen. Gepackte Koffer oder Rucksäcke mußten in der Wohnung oder auf dem Sammelplatz zurückgelassen werden, eine willkommene Beute mancher polnischer Neubauern oder der Dorfmitgl. Nur selten kam es vor, daß die Ausweisung Tage vorher angekündigt wurde.

In Oberschlesien vollzog sich die Ausweisung im Herbst 1945 meist in der Weise, daß die aus ihren Wohnungen Vertriebenen zunächst in Lagern gesammelt wurden, die sich in der Regel in den Kreisstädten befanden. Dort mußten sie in völlig überfüllten Baracken oder Fabrikräumen ohne ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln Wochen und Monate vegetieren. Polen und Russen sortierten die noch Arbeitsfähigen aus. Alle übrigen wurden zu Transporten zusammengefaßt, zu 60-70 Personen in einen Güterwagen verladen und in einer Fahrt von meist mehr als zwei Wochen nach dem Westen abgeschoben.

Ähnlich war es auch in Pommern, wo die Bevölkerung meist in der Mitte der Ortschaften, mitunter sogar in der Kirche zusammengetrieben wurde. Von dort ging es im Fußmarsch zum nächsten Verladebahnhof, wo entweder geschlossene Transporte zusammengestellt oder einzelne Güterwagen an fahrplanmäßige Züge angehängt wurden.

Sammellager war ab Oktober 1945 das Grenzübergangslager Scheune bei Stettin, wohl das berüchtigste aller Vertriebenenlager, wo im Herbst 1945 und auch noch im Frühjahr 1946 Gewalttaten, Plünderungen und Willkürakte einzelner Polen und Milizangehöriger an der Tagesordnung waren.

Auch im südlichen Ostpreußen war es im wesentlichen das gleiche Bild: Plötzliche Ausweisungsbefehle, lange Elendsmärsche der Vertriebenen nach den Sammelstellen und Bahnhöfen, Gepäckkontrollen und während der Bahnfahrt fortgesetzte Plünderungen durch ganze Scharen von Polen, die meist die langen Wartezeiten der Transportzüge auf den Bahnhöfen für ihre Zwecke ausnützten, teils sogar auf die fahrenden Züge sprangen und überall panikartige Angst hervorriefen. Auch zahlreiche Todesfälle ereigneten sich infolge der oft mehrere Wochen dauernden Transporte, die ohne Verpflegung und unter größten körperlichen Anstrengungen erfolgten.

Da für die Ausweisungen im Herbst 1945 noch keine interalliierten Abmachungen vorlagen, haben die Polen sich Mühe gegeben, sie als "freiwillige Ausreise" der deutschen Bevölkerung darzustellen. Diesem Zweck diente es auch, wenn vielerorts vor der Abfahrt der Transportzüge von jedem einzelnen der Ausgetriebenen eine in polnischer Sprache abgefaßte Erklärung unterschrieben werden mußte, die die Freiwilligkeit der Ausreise, die Übertragung des Besitzes an den polnischen Staat und den Verzicht auf die Rückkehr bescheinigte.

Obwohl die Anzahl derjenigen, die zur Aussiedlung bestimmt wurden, in den einzelnen Ge-

bieten sehr verschieden gehandhabt wurde, teils auch geschlossene Ortschaften geräumt wurden, sind im Zuge der Ausweisungen im Herbst 1945 doch im allgemeinen bevorzugt die nicht arbeitsfähigen Personen, d.h. Alte, Kranke und Invaliden, Mütter mit mehreren Kindern ausgewiesen worden.

Diejenigen, die in russischen Diensten arbeiteten oder als Spezialisten unabhkömmlich waren, wurden überwiegend vorläufig von der Austreibung zurückgestellt, auch wenn dies gegen ihren Willen geschah.

Nicht ausgewiesen wurden ferner die besonders in Oberschlesien, aber in geringerem Maße auch in Ostpreußen lebenden Personen, die zwar deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, sich aber auf Grund ihrer Abstammung und Sprache als Polen fühlten. Ihnen wurde Gelegenheit gegeben, die polnische Staatsbürgerschaft zu erwerben, und sie blieben auch von der Enteignung, der Zwangsarbeit und den sonstigen gegenüber der deutschen Bevölkerung ergriffenen Maßnahmen verschont.

Da man polnischerseits die ostdeutschen Gebiete in der offiziellen Propaganda als "urpolnisches Land" bezeichnete, mußte man Wert darauf legen, die Meinung zu verbreiten, als hätte es in Ostdeutschland eine zahlreiche autochthone polnische Bevölkerung gegeben. Man war deshalb nicht damit zufrieden, daß nur eine relativ geringe Zahl von Einwohnern Oberschlesiens und Ostpreußens freiwillig für Polen optierte, sondern suchte teils durch Versprechungen und Drohungen, teils durch ausgesprochene Gewaltmaßnahmen vor allem die wasserpoltisch sprechenden Oberschlesier und die Masuren in Ostpreußen für Polen zu gewinnen.

Besonders diejenigen, die polnisch klingende Namen hatten, wurden zwangsweise zurückbehalten und von der Ausweisung ausgeschlossen. Manche Deutsche haben dem wiederholten Druck nachgegeben, indem sie die polnische Staatsbürgerschaft annahmen, viele andere weigern sich noch heute, dies zu tun.

Neben den systematischen Ausweisungsaktionen der polnischen Behörden setzte seit Sommer 1945 auch die Rückwanderung der als Bombenevakuierte nach Ostdeutschland verschlagenen ein, die meist bevorzugt Ausreiseweise erhielten. Ihnen schlossen sich auch manche einheimische Ostdeutsche an, denen das Übermaß der Verfolgungen, die Enteignung und Zwangsarbeit und die katastrophalen Lebensverhältnisse ein Bleiben unerträglich machten.

Da überall schon umfangreiche Zwangsausweisungen erfolgten, sank die Hoffnung der ostdeutschen Bevölkerung auf eine Wendung der Dinge und auf eine Annullierung des Potsdamer Abkommens allmählich. Es setzte deshalb im Herbst 1945 neben den geschlossenen Ausweisungen eine unkontrollierte Abwanderung ein.

Da für die deutsche Bevölkerung allgemein Arbeitszwang herrschte, war dies ein gefährliches Unterfangen, ganz abgesehen davon, daß immer dann, wenn die Polen von der Absicht der Ausreise Kenntnis erhielten, sich noch einmal die Wut von Milizianten und fanatischen polnischen Zivilisten an den Deutschen ausließ, wobei sich skandalöse Vorfälle ereignet haben.

Noch im Sommer 1946 wurde z.B. im Landkreis Breslau auf öffentlichen Anschlägen vor der Ausreise auf eigene Initiative gewarnt. Dennoch ist es manchem Deutschen möglich gewesen, durch die selbständige Ausreise den fast regelmäßig mit der gewaltsamen Vertreibung verbundenen Schikanen und Gewalttaten zu entgehen.

In einigen Orten gelang es noch im Lande befindlichen deutschen Stellen, Pastoren oder Verwaltungsangestellten in polnischen Diensten, die Organisation der Aussiedlung in die Hand zu nehmen. Die Bevölkerung blieb dadurch zumindest in ihren Heimatorten vor den Willkürakten und Plünderungen bewahrt, von denen sonst die Ausweisungen in der Regel begleitet waren. Die deutschen Leiter der Aktion stellten Listen auf und benachrichtigten jeden einzelnen rechtzeitig.

Die Übergabe des Eigentums, das Unterschreiben der Verzichtserklärung und alle anderen Formalitäten konnten in Ruhe durchgeführt werden. Außerdem wurde vermieden, daß die

Ausgewiesenen tage- und wochenlang in den Auffangstellen auf die Zusammenstellung der Transporte warten mußten. Auch russische Soldaten und Kommandanturen haben mitunter, indem sie Militärfahrzeuge zur Verfügung stellten und Deutsche bis an die Oder-Neiße-Grenze fuhren, helfend dazu beigetragen, daß die Vertriebenen den Schikanen der polnischen Austreibungskommandos entgingen.

Die im Herbst 1945, vor allem in den Monaten Oktober und November, in Ostpommern, Oberschlesien, im Südteil Ostpreußens und auch in Danzig und Teilen Westpreußens in Gang gekommene Ausweisung der deutschen Bevölkerung bzw. ihre Abwanderung auf Grund des unerträglichen Druckes der Verhältnisse und der sicher bevorstehenden Zwangsvertreibung wurde, nachdem sie infolge des Winters im Dezember 1945 und im Januar/Februar 1946 stark abgeebbt war, im Frühjahr 1946 in verstärktem Maße fortgesetzt und dauerte ohne Unterbrechungen bis zum Spätherbst 1946 an.

Das Jahr 1946 wurde in Ostdeutschland die Hauptperiode der Ausweisung. Alle unter polnischer Verwaltung stehenden ostdeutschen Provinzen und Orte, auch Niederschlesien und verschiedene Gegenden Pommerns und Ostpreußens, die bisher noch ziemlich verschont geblieben waren, wurden nunmehr von systematischen Austreibungsaktionen erfaßt.

Zunächst unterschieden sich die Ausweisungen des Jahres 1946 wenig von denen des Jahres 1945. Noch immer waren die Kontrollen an den Sammelstellen und die wochenlangen Transporte von Plünderungen und Übergriffen aller Art begleitet, so daß die Mehrzahl der Ausgetriebenen völlig ausgeraubt, in verzweifelter körperlicher und seelischer Verfassung westlich der Oder-Neiße-Grenze ankamen, wo sie auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone monatelang in Quarantäne- und Flüchtlingslagern festgehalten wurden.

Erst mit dem Sommer 1946 trat insofern eine Besserung ein, als sich die inzwischen festgelegten Richtlinien über die Durchführung der Ausweisung auszuwirken begannen. Bereits am 17. November 1945 hatte der alliierte Kontrollrat einen "Plan zur Überführung der deutschen Bevölkerung ..." aufgestellt, in dem unter anderem vorgesehen war, daß die auf 3,5 Millionen geschätzte deutsche Bevölkerung aus Polen und den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten in die sowjetische (2 Millionen) und die britische Besatzungszone (1,5 Millionen) übergeführt werden und daß diese Überführung im Dezember 1945 beginnen und im Juli 1946 beendet sein sollte. –

Später, am 14. Februar 1946, wurde in dem inzwischen errichteten internationalen Combined Repatriation Executive (CRX) zwischen dem britischen und dem polnischen Vertreter ein Abkommen getroffen, das noch einmal wie schon das Potsdamer Abkommen die Versicherung enthielt, "daß die Aussiedlung und Überführung der Deutschen in humaner und ordentlicher Weise durchgeführt werden" müsse.

Auch die Fahrtrouten und die Ausweisungsquoten für die einzelnen Zeitabschnitte wurden hierbei festgelegt, und es wurde vereinbart, daß für eine Bewachung der Transporte sowie für Verpflegung und ärztliche Fürsorge während der Ausweisung Sorge getragen werden müsse. Bemerkenswert ist, daß den Ausgewiesenen nicht gestattet sein sollte, mehr als 500 RM und mehr Gepäck mitzunehmen, als sie "in den Händen tragen können".

Die sehr harten Bestimmungen über die Gepäckbeschränkung sind von polnischer Seite während der folgenden Ausweisungen des Jahres 1946 im allgemeinen beachtet worden, und auch eine gewisse militärische Sicherung der Ausweisungen wurde eingerichtet, aber der eigentliche Zweck des britisch-polnischen Abkommens, eine "ordentliche und humane" Durchführung der Ausweisungen zu garantieren, ist auch bei den Massenausweisungen während des Jahres 1946 keineswegs erreicht worden.

Allein schon für Verpflegung und ärztliche Betreuung war nur in den seltensten Fällen einigermaßen gesorgt. Schwerer fiel noch ins Gewicht, daß die polnischen Milizkommandos die Ausweisung der Deutschen aus ihren Wohnungen unnötig beschleunigten und in der Regel

mit äußerster Strenge, ja oft geradezu in brutalen Formen durchführten.

Oft standen den aus ihren Häusern Vertriebenen keinerlei Transportmittel zur Verfügung, so daß sie sich mit ihrem schweren Gepäck in kilometerlangen Märschen nach den Sammellagern schleppen mußten. Dort fehlte es meist an den primitivsten Voraussetzungen dafür, Tausende von Menschen unterzubringen, zumal es mitunter Wochen dauerte, ehe die Transporte zusammengestellt wurden.

Nach allem, was heute über den Verlauf der Ausweisungen bekannt ist, steht es fest, daß ihre Durchführung durch die polnischen Behörden nicht nur ohne zureichende Organisation geschah, sondern daß vielfach ganz offensichtlich auch gar nicht der Wille vorhanden war und gar keine besonderen Anstrengungen gemacht wurden, um eine wirklich ordnungsgemäße und humane Überführung der deutschen Bevölkerung nach Westen zu gewährleisten.

Daß sich die Übergriffe und vor allem die Plünderungen während des Jahres 1946 überhaupt milderten, war in hohem Maße den Vertretern britischer Besatzungsmacht zu verdanken, die wiederholt gegen die Art und Weise protestierten, in der die polnischen Behörden die Ausweisung handhabten. –

Der wichtigste Erfolg des britisch-polnischen Ausweisungsabkommens war, daß den Vertriebenen ab Ende 1946 der direkte Weg in die britische Besatzungszone offenstand, so daß sie nicht mehr von der sowjetischen Besatzungszone aus heimlich als Grenzgänger nach Westen zu fliehen brauchten.

Waren die Vertreibungen des Jahres 1945 ausschließlich nach der Sowjet-Zone erfolgt, so ging der Hauptteil der im Jahre 1946 Ausgewiesenen in direkten Transporten in die britische Besatzungszone. Die Überführung von Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße nach der britischen Zone hielt vom Frühjahr bis zum Ende 1946 ohne wesentliche Unterbrechungen an und ist unter dem Kennwort "Operation Schwalbe" bekanntgeworden. Insgesamt 1.375.000 Deutsche aus den Oder-Neiße-Gebieten wurden im Zuge dieser Operation in geschlossenen Transporten nach Westdeutschland gebracht. –

Für den gesamten nördlichen Raum der Oder-Neiße-Gebiete war Stettin die Hauptstation für die Zusammenstellung und Abfertigung der Ausweisungstransporte und für ihre Übergabe an britisches Begleitpersonal. In der Umgebung von Stettin befanden sich mehrere Sammellager, in denen die zur Ausweisung Bestimmten oft wochenlang auf die Abfahrt der Transportzüge warten mußten, neben dem berüchtigten Lager Stettin-Scheune vor allem die Lager Kreckow und Frauendorf.

Die dort versammelten Ausgewiesenen aus Pommern und Ostbrandenburg und die mit Zügen aus Richtung Danzig oder aus Ost- und Westpreußen ankommenden Vertriebenen wurden in Stettin zu einzelnen Transporten zusammengestellt und nach Westen in Marsch gesetzt. Außer auf dem Schienenwege nach Westen erfolgte der Weitertransport von Stettin teilweise auch über See nach Lübeck. –

Im Südschnitt der Oder-Neiße-Gebiete war das Zentrum für die Ausweisungstransporte der Bahnknotenpunkt Kohlfurt (nordöstlich Görlitz), von wo aus die Eisenbahntransporte mit Vertriebenen nach der sowjetischen und britischen Besatzungszone abgefertigt wurden.

Um eine Überschreitung der zwischen den britischen und den polnischen Behörden festgelegten Ausweisungsquoten an den einzelnen Übergabestationen zu vermeiden, kam es oft zu langwierigen und umständlichen Umladungen der Ausweisungstransporte. So wurden manche Deutsche aus Pommern erst nach Polen geleitet und von dort aus über Schlesien nach Westen transportiert.

Neben den Ausweisungen nach der britischen Besatzungszone wurden im Jahre 1946 ebenso wie 1945 mehrere Hunderttausende von Deutschen nach der sowjetischen Besatzungszone übergeführt. Viele dieser Vertriebenen haben sich, sobald sie den Aufnahmelagern der sowjetischen Zone entkommen konnten, selbständig auf den Weg in die westlichen Besatzungszo-

nen begeben, um nicht länger unter sowjetrussischem Regime leben zu müssen, dessen Auswirkungen sie in ihrer Heimat so schmerzlich erfahren hatten.

Im Jahre 1946 waren es allein ca. 250.000 Vertriebene, die außerhalb der organisierten Transporte in Westdeutschland ankamen. Hatte schon im Jahre 1945 die Zahl der zwangsweise vertriebenen Ostdeutschen und derer, die infolge der unerträglichen Gewaltherrschaft von Polen und Russen nach Mittel- und Westdeutschland geflohen waren, schätzungsweise 600.000 bis 700.000 Menschen betragen, so verstärkte sich der Strom der Vertriebenen 1946 noch um ein Vielfaches. Rund 2 Millionen Deutsche kamen im Verlaufe dieses Jahres über die Oder-Neiße-Linie nach Westen. Die polnischen Bestrebungen zur Verdrängung der ostdeutschen Bevölkerung hatten damit bereits eine weitgehende Erfüllung gefunden.

Neben den Ausweisungen hatten auch die radikalen Unterdrückungsmaßnahmen das Ihrige getan. Der Hunger und die körperliche Überbeanspruchung während der Zwangsarbeit, die Epidemien in den Städten, dazu die Mißhandlungen in den Lagern und Gefängnissen verursachten so zahlreiche Opfer unter den Deutschen, daß den polnischen Ausweisungskommandos manche Arbeit vorweggenommen wurde. –

Ende 1946 war der Hauptteil der Deutschen, die beim Einzug der sowjetischen Truppen in ihrer Heimat geblieben oder später zurückgekehrt waren, bereits vertrieben oder in der Zwischenzeit umgekommen. Die Dörfer und Städte Schlesiens, Süd-Ostpreußens, Ostpommerns und Ostbrandenburgs waren zu diesem Zeitpunkt schon weitgehend von der deutschen Bevölkerung geräumt und hatten infolge der Ansiedlung von Polen ein völlig verändertes Gesicht erhalten.

Mit dem Eintritt des Winters 1946/47, als die Kälte unter den Vertriebenen bereits zahlreiche Verluste verursacht hatte, verweigerten die britischen Behörden jede weitere Übernahme von Ausweisungstransporten, da sie es nicht verantworten zu können glaubten, weitere Hunderttausende völlig verelendeter Ausgewiesener in die überfüllten Aufnahmelager einzuliefern, und da gleichzeitig die polnischen Behörden gezwungen werden sollten, für bessere Ausweisungsbedingungen zu sorgen. Verschiedene Transporte liefen deshalb wieder in ihre Ausgangsorte zurück, und die Ausweisungsaktionen flauten ganz allgemein während des Winters 1946/47 ab.

Da sich aber noch immer zahlreiche Deutsche östlich der Oder-Neiße befanden, begann mit dem Frühjahr 1947 eine neue, die letzte umfassende Etappe der Zwangsausweisungen. Auch jetzt waren die britischen Behörden noch nicht zu einer Übernahme der Transporte bereit, diese wurden deshalb ausschließlich in das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone geleitet. Sie verliefen jetzt allerdings in wesentlich geregelteren Formen als 1945 und teilweise noch 1946, obwohl auch jetzt noch in den Ausweisungslagern mitunter unverändert katastrophale Zustände herrschten und noch immer manche Deutsche die Strapazen der Ausweisung mit dem Leben bezahlen mußten.

Von den Ausweisungen im Jahre 1947 wurden die letzten bisher noch nicht oder teilweise betroffenen Orte erfaßt, und auch viele Deutsche, die bisher als unabhkömmliche Arbeitskräfte verschont geblieben waren, mußten sich nun von ihrer Heimat trennen. Während des ganzen Frühjahres, Sommers und Herbstes 1947 wurden auf diese Weise noch einmal schätzungsweise 500.000 Deutsche aus Schlesien, Ostpommern, Westpreußen und dem Südtel Ostpreußens nach Westen transportiert.

Ende 1947 nahmen die systematischen Ausweisungen aus den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten im allgemeinen ein Ende, obwohl es auch später noch zu Einzelausweisungen kam und noch manche Deutsche in den folgenden Jahren selbständig versuchten, von Pommern oder Schlesien aus nach Westen zu gelangen.

Die Mehrzahl derer, die besonders in Oberschlesien und im südlichen Ostpreußen von der alten Bevölkerung deutscher Staatsangehörigkeit schließlich übrigblieben, bestand zum Teil

aus Personen, die auf Grund ihrer polnischen Volkszugehörigkeit oder auch nur, um sich ihre Existenzgrundlage zu erhalten, freiwillig die polnische Staatsbürgerschaft erworben hatten, teils aber auch aus Personen, die, wie viele Masuren in Ostpreußen, von den Polen als polnische Volkszugehörige, als sogenannte Autochthone betrachtet wurden, die sich aber zum größten Teil entschieden als Deutsche fühlten und gegen ihren Willen zur Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft gedrängt wurden.

Daneben wurden sowohl in Ostpreußen als auch in Ober- und Niederschlesien, in Ostpommern und vereinzelt auch in Ostbrandenburg Personen zurückgehalten, die lediglich auf Grund ihrer Unabkömmlichkeit als Facharbeiter oder als sonstige wertvolle Arbeitskräfte gezwungen wurden, im Lande zu bleiben. Im Gegensatz zu den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten hatten im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens bis zum Sommer 1947 noch keinerlei Aussiedlungen stattgefunden. Anders als die Polen hatten die Sowjets kein nationales Interesse an der Vertreibung der Deutschen aus Ostpreußen, sie waren im Gegenteil sehr bemüht, durch scharfe Bewachung der quer durch Ostpreußen verlaufenden russisch-polnischen Demarkationslinie jede Abwanderung und Flucht von Deutschen aus dem von ihnen verwalteten Teil Ostpreußens zu verhindern, um aus den Deutschen an Arbeitsleistungen herauszuholen, was nur irgend möglich war.

Die infolge der sowjetischen Arbeits- und Leistungsnormen eingetretene Erschöpfung der meist auf sowjetischen Kolchosen arbeitenden deutschen Bevölkerung und die katastrophalen Lebensverhältnisse im gesamten "Verwaltungsgebiet Kaliningrad", von denen an anderer Stelle bereits gesprochen wurde, führten dazu, daß die deutsche Bevölkerung nichts sehnlicher wünschte, als dieses Land zu verlassen, das in kurzer Zeit unvorstellbar verelendet war, in dem ihnen nichts mehr gehörte und wohin in immer stärkerer Zahl russische Zivilpersonen einströmten.

Manchen gelang die Flucht über die Grenze nach den polnisch verwalteten Gebieten, von wo aus sie leichter nach Westen gelangen konnten; sehr viele aber fielen der Unterernährung und den Seuchen zum Opfer und starben.

Erst als die Arbeitskraft der Deutschen infolge des Zustroms von Russen mehr oder weniger entbehrlich geworden war, begann für die restliche, kaum noch mehr als hunderttausend Menschen zählende deutsche Bevölkerung in den Jahren 1947-1949 die Aussiedlung. Schon im Sommer 1947 hatten einige wenige Tausend aus Königsberg Ausreisegenehmigungen erhalten. Im Herbst 1947, vor allem aber 1948 und abschließend im Jahre 1949 wurden dann sowohl die ca. 20.000 noch am Leben befindlichen Deutschen aus Königsberg als auch die übrige deutsche Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Ostpreußen in geschlossenen Transporten ausgesiedelt, ohne daß an der bisherigen Bedingung von einzelnen Ausreisegenehmigungen festgehalten wurde.

Die Sowjets schlossen sich damit dem Vorgehen der Polen an, obwohl in den Potsdamer Beschlüssen von einer Aussiedlung der Deutschen aus dem sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens nicht die Rede gewesen war. Daß sie zu einer Zeit erfolgte, als sich die Lebensverhältnisse gerade zu bessern begannen, während in den Jahren vorher viele Tausende von Deutschen elend an Hunger und Krankheiten zugrunde gegangen waren, macht in besonderer Weise deutlich, wie wenig die Sowjets bei der Frage der Ausweisung oder Nichtausweisung von Rücksichten auf die deutsche Bevölkerung geleitet waren.

Nur jenseits der Memel, im Gebiet des 1945 der Sowjetrepublik Litauen eingegliederten Memellandes, fand keine Ausweisung der Deutschen statt. Die noch im Lande befindlichen Memeldeutschen mußten die litauische Staatsbürgerschaft annehmen und schieden damit aus dem Kreis der umzusiedelnden deutschen Volksteile aus. Dennoch haben sich manche Deutsche aus dem Memelland wegen des sowjetischen Drucks heimlich nach Deutschland durchgeschlagen. Die Mehrzahl der Memeldeutschen, die 1944 nicht geflohen oder später zurück-

gekehrt waren, ist jedoch in der Heimat verblieben.

In den Jahren 1947-1949, als die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus dem nördlichen Teil Ostpreußens im Gange war, kam es auch im Gebiet des polnischen Staates zu einer Welle systematischer Ausweisungen, wodurch die Ausmerzungen des Deutschtums in Polen beendet werden sollte, die schon in den Jahren 1945/46 eingesetzt hatte. Damals, als in Polen die brutale Verfolgung aller Deutschen schlimmste Formen annahm, machten sich Tausende von denen, die noch nicht verhaftet oder interniert waren, selbständig von den Orten Posens und Westpreußens auf den Weg nach dem Westen, wobei verschiedentlich auch lokale polnische Behörden den Abtransport der Deutschen vorantrieben.

Mit dem Jahre 1946 waren jedoch nahezu alle im westpolnischen Staatsgebiet ansässigen Deutschen in Gefängnissen eingeliefert, in Lagern konzentriert oder zur Zwangsarbeit eingesetzt, und damit gab es im großen ganzen keine Möglichkeit mehr, selbständig das Land zu verlassen. Lediglich die erst während des Krieges aus dem Reich zugezogenen Deutschen und die volksdeutschen Umsiedler aus den baltischen und südosteuropäischen Staaten wurden, sofern sie nicht bereits vorher geflohen waren, zum Teil anders als die in Polen einheimischen Volksdeutschen behandelt und schon 1945 oder 1946 des Landes verwiesen.

Gegen die alteingesessenen Deutschen, die zwischen 1919 und 1939 die polnische Staatsbürgerschaft besessen hatten und dann während der deutschen Okkupation Polens als Deutsche bevorzugt waren, richteten sich nach 1945 in erster Linie der in der Zeit der Besetzung genährte Haß und die Vergeltungsabsichten der Polen. Sie wurden nicht nur als Deutsche betrachtet, die entsprechend den Potsdamer Beschlüssen auszuweisen seien, sondern galten, wie schon dargestellt wurde, nach der neuen polnischen Gesetzgebung als Kollaboranten und "Verräter der Nation" und wurden deshalb strafrechtlich verfolgt.

Erst nachdem sie jahrelanger Haft und Verfolgung ausgesetzt, viele von ihnen zugrunde gegangen, die anderen meist völlig verelendet und durch die Zwangsarbeit erschöpft waren, kam es im Jahre 1947 zu den ersten Entlassungen aus den Lagern, die in der Regel mit der Ausweisung der Entlassenen verbunden waren. –

Zwar war schon am 13. September 1946 das Dekret "über die Ausscheidung von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Gesellschaft" erlassen worden, dessen Artikel 4 bestimmte, daß die bisher in Gefängnissen und Lagern Gehaltenen, sofern ihre deutsche Gesinnung und ihr Bekenntnis zum Deutschtum erwiesen seien, ausgewiesen werden müßten.

Da aber die Polen inzwischen die billige Arbeitskraft der Deutschen schätzen gelernt hatten, wurde die Ausführung dieser Bestimmung sehr verzögert bzw. zunächst nur auf die nicht arbeitsfähigen Deutschen angewandt. Diese vor allem wurden als erste in den Jahren 1947 und 1948 aus den Lagern entlassen und mit Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone gebracht.

Da man die Arbeitsfähigen noch dabehielt, kam es bei diesen Ausweisungen oft zur Zerreißen von Familien und zur Trennung von Müttern und Kindern. Erst im Sommer 1949 wurde auch ein großer Teil der Arbeitsfähigen erfaßt, und die Entlassungen, die Auflösung ganzer Lager, und die Ausweisungstransporte erreichten jetzt ihren Höhepunkt, bis sie im Jahre 1950 im wesentlichen beendet waren.

Die zur Entlassung Bestimmten wurden von ihren Arbeitsstellen, die überall im Lande verteilt waren, nach den für sie zuständigen Zentrallagern befördert. Dort wurden die Entlassungen vorgenommen und die Transporte zusammengestellt. Besonders vom Lager Potulice bei Bromberg und vom Lager Sikawa bei Lodz gingen 1949 zahlreiche Transporte mit je durchschnittlich 2.000 Deutschen nach Deutschland ab.

Nach den jahrelangen schweren Leiden erschien fast allen Deutschen aus Polen die Ausweisung als eine Erlösung. Die Empfindung des Dankes und die Freude darüber, die zurückliegenden Bedrängnisse und menschenunwürdigen Lebensverhältnisse überlebt zu haben und

endlich von ihnen befreit zu sein, überdeckten für einen Moment die Erkenntnis des schweren Loses, das die zwangsweise Ausweisung aus der seit Generationen bewohnten Heimat bedeutete.

Schon bei den Ausweisungen in den Jahren 1947 bis 1949 ließ sich erkennen, daß den polnischen Behörden nicht mehr in gleichem Maße wie vorher an einer Aussiedlung der Deutschen gelegen war. Die Ansiedlung von Polen in den ostdeutschen Städten und Dörfern machte kaum noch Fortschritte, und es zeigte sich, daß man die frühere Bevölkerungs- und Produktionskapazität der deutschen Ostgebiete nach der Ausstoßung der deutschen Bevölkerung nicht wieder erreichen würde.

Es setzte sich deshalb immer mehr die Erkenntnis durch, daß eine weitere restlose Ausweisung der noch im Lande befindlichen Deutschen eine wirtschaftliche Schädigung Polens bedeutete, zu der man es um so weniger kommen lassen durfte, als infolge der zunehmenden Sowjetisierung aller Lebensbereiche, wie in den anderen volksdemokratischen Staaten so auch in Polen, die Steigerung der Produktion und die Erfüllung der Wirtschaftspläne zum obersten politischen Gebot geworden waren.

Um eine weitere Verminderung der in Polen lebenden arbeitsfähigen Bevölkerung und eine dadurch bedingte Herabsetzung der wirtschaftlichen Kapazität Polens zu verhindern, wurde nach den letzten umfassenden Ausweisungen im Jahre 1949 neue Abtransporte von Deutschen zu verhindern gesucht.

Der nationalpolnische Chauvinismus, der ursprünglich zur Ausweisung aller Deutschen getrieben hatte, war zwar noch lange nicht erloschen, doch er wurde durch die kommunistischen Wirtschaftsprinzipien der Warschauer Regierung in den Hintergrund gedrängt.

Infolge des Abstoppens der Ausweisungen kam es zu zahlreichen gewaltsamen Trennungen von Familienangehörigen. Frauen blieben in Polen oder Ostdeutschland zurück, deren Männer bei ihrer Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft nach Mittel- oder Westdeutschland gekommen waren, und zahlreiche Deutsche, selbst Kinder, wurden nun als wichtige Arbeitskräfte in Polen und den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten festgehalten, obwohl ihre engsten Angehörigen schon lange ausgewiesen waren.

Um diesen Zustand zu beheben, haben britische Behörden unter Mitwirkung des Deutschen Roten Kreuzes die sogenannte Aktion Link in die Wege geleitet mit dem Ziele, die getrennten Familien zusammenzuführen.

Im Rahmen dieser Aktion, die vom März 1950 bis Ende 1951 andauerte, sind noch einmal fast 44.000 Deutsche über die Oder-Neiße-Linie nach Westdeutschland gekommen. Allerdings haben die polnischen Behörden auch hier nicht die Vereinbarung eingehalten, indem sie meist nicht die angeforderten von ihren Angehörigen in Westdeutschland getrennten Personen auswiesen, sondern in der Mehrzahl kranke, alte oder aus anderen Gründen arbeitsunfähige Deutsche, auf deren Verbleiben in den polnisch verwalteten Ostgebieten sie wenig Wert legten.

Seit dem Ende der Aktion Link sind nach Westdeutschland und offenbar auch nach der sowjetischen Besatzungszone nur noch ganz vereinzelt Deutsche über die Oder-Neiße-Linie nach Westen gekommen. Die Ausweisungen von Deutschen aus den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten und aus Polen scheinen damit ihr Ende gefunden zu haben.

Versucht man die einzelnen Etappen der Ausweisung ihrer Größenordnung nach durch Zahlen zu verdeutlichen, so ergibt sich etwa das folgende Bild:

<i>Die einzelnen Etappen der Ausweisung.</i>	<i>Anzahl der Ausgewiesenen:</i>
Vor dem Potsdamer Abkommen (Juni/Juli 1945)	
vor allem aus Ostbrandenburg, Ostpommern und Niederschlesien:	250 000
Vom Spätsommer bis Spätherbst 1945	
aus allen ostdeutschen Gebieten mit Ausnahme des sowjetisch verwalteten Ostpreußens:	400 000
Während des Jahres 1946	
vor allem aus Schlesien, Ostpommern und dem polnisch verwalteten Ostpreußen:	2 000 000
Während des Jahres 1947	
aus allen polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten und aus dem sowjetisch verwalteten Ostpreußen:	500 000
Während des Jahres 1948	
aus dem sowjetisch verwalteten Ostpreußen und aus Polen	150 000
Während des Jahres 1949	
aus dem sowjetisch verwalteten Ostpreußen und aus Polen	150 000
In den Jahren 1950—1951	
im Rahmen der <i>Aktion Link</i> :	50 000
Insgesamt:	3 500 000

Nachdem 1950/51 mit den letzten größeren Ausweisungstransporten aus Polen und den polnisch verwalteten Gebieten die Ausweisung der Deutschen zum Stillstand gekommen war und Hunderttausende von Deutschen schon vorher infolge der katastrophalen Lebensverhältnisse, unter denen sie besonders in den Jahren 1945 und 1946 zu leben hatten, zugrundegegangen waren, blieb von der Bevölkerung deutscher Staatsangehörigkeit, die bei Kriegsende in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße gelebt hatte, und von den Deutschen, die ehemals in Danzig und in Polen ansässig gewesen waren, noch insgesamt etwa eine Million zurück.

Gegenüber diesen Menschen, von denen ein kleiner Teil auf Grund der Zugehörigkeit zum polnischen Volkstum oder zur polnischen Sprachgemeinschaft freiwillig die polnische Staatsbürgerschaft angenommen hatte, wurde nun nach Abschluß der Ausweisungen in erhöhtem Maße die Politik der Zwangsoptionen aufgenommen, durch die die noch im Lande befindlichen Deutschen dem polnischen Staat eingegliedert werden sollten.

Noch in dem Dekret der polnischen Regierung vom 28. April 1946 war daran festgehalten worden, daß die polnischen Bürgerrechte nur denjenigen Personen ehemaliger deutscher Staatsangehörigkeit zustanden, deren polnische Volkszugehörigkeit nachgewiesen werden konnte und die gegenüber dem polnischen Volk und Staat eine "Treue-Erklärung" geleistet hatten.

Da sich nur sehr wenige von den damals noch im Lande befindlichen Personen deutscher Staatsangehörigkeit als Polen fühlten und von der Möglichkeit, die polnische Staatsbürgerschaft zu erlangen, Gebrauch machten, haben die polnischen Behörden vielerorts versucht, allen denen die polnische Staatsbürgerschaft aufzuzwingen, die sie auf Grund irgendwelcher äußerst fragwürdiger Voraussetzungen, etwa weil sie polnisch klingende Namen besaßen oder weil sie polnische Sprachkenntnisse hatten, als autochthone Polen reklamieren zu können glaubten. —

Später wurden diese verzweifelten Versuche, einen beachtlichen Teil der noch in ihrer Heimat

lebenden Deutschen als Polen zu deklarieren, jedoch fallen gelassen. Durch das Dekret vom 8. Januar 1951 wurde verordnet, daß allen Personen ehemals deutscher Staatsangehörigkeit, die sich noch in Ostdeutschland befinden, gleich ob sie deutscher oder polnischer Volkszugehörigkeit sind, ob sie polnisch oder deutsch sprechen, die polnische Staatsbürgerschaft zusteht. Auf Grund dieser Bestimmung erhöhte sich überall in den polnisch verwalteten Gebieten Ostdeutschlands der auf die Deutschen ausgeübte Druck, für Polen zu optieren.

Wie viele Deutsche diesem Druck inzwischen nachgegeben haben, ist gegenwärtig kaum feststellbar. Sicher ist jedoch, daß sehr viele von ihnen noch heute eine Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft verweigern, weil sie fürchten müssen, damit endgültig die Aussicht auf ein Entrinnen aus einem ideologisch und national fremden Staatsgebilde und ihren Anspruch auf eine Zusammenführung mit ihren in Mittel- oder Westdeutschland lebenden Angehörigen zu verlieren.

Vom Deutschen Roten Kreuz allein wurden bisher insgesamt 204.000 Deutsche aus Polen und den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten registriert, die ihre Überführung nach Deutschland beantragt haben. Eine solche Entwicklung konnte von der polnischen Regierung auch dadurch nicht aufgehalten werden, daß sie die Diskriminierungen der Deutschen aufhob und zuließ, daß heute in manchen Gegenden und Orten Schlesiens und Pommerns wieder regelmäßige deutsche Gottesdienste abgehalten werden und deutsche Schulen wiedererrichtet sind, was zweifellos darauf hinzielte, die Deutschen zum Bleiben und zur Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft zu bewegen.

Aus alledem wird deutlich, wie sehr sich die Situation gegenüber 1945 in ihr Gegenteil verkehrt hat. Waren die Polen damals an einer möglichst schleunigen Vertreibung interessiert, so sehen sie sich heute dazu gezwungen, entweder durch Drohungen oder durch Entgegenkommen die Deutschen als Staatsbürger zu gewinnen.

Indem die Leiter des polnischen Staates durch ihre Maßnahmen zu erkennen geben, daß sie die radikale Vertreibungspolitik - aus welchen Gründen auch immer - selbst nicht mehr gutheißen, wird in sehr eindringlicher Weise deutlich, daß die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung in jeder Hinsicht eine politische Fehlentscheidung war.

Sie brachte unsägliches Leid und erschreckend hohe Menschenverluste über ein Volk, belastete eine ganze Nation, ja, ganz Europa und die westliche Welt mit dem schier unlösbarem Problem der Vertriebenen und schadete im letzten Grunde auch dem polnischen Volk mehr, als es ihm nutzte.

Die Vertreibung hat damit längst aufgehört, ein internes deutsches Problem zu sein; sie ist zu einer Frage geworden, die die politische und soziale Ordnung und Sicherheit der ganzen westlichen Welt gefährdet.

Diese ihre Wirkungen auch nur zu umreißen, überschreitet den Rahmen dieser Darstellung, die sich darauf beschränken sollte, schlicht und im vollen Wissen um das Fragmentarische eines solchen Versuches, den Hergang der großen Katastrophe Ostdeutschlands zu erzählen. Was diesem knappen Bericht an Farbe und Unmittelbarkeit fehlt, soll das Wort derjenigen ergänzen, die selbst die Opfer des großen Unheils und Unrechts gewesen sind.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten und aus Ostmitteleuropa (x051/603-604): >>Vertreibung, Ausweisung größerer Bevölkerungsgruppen aus ihrem Wohngebiet, v.a. während und nach einem Krieg.

Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten und aus Ost- und Ostmitteleuropa in das Deutschland diesseits der Oder-Neiße-Linie hatten die Alliierten schon auf ihren Konferenzen in Teheran (Dezember 43) und Jalta (Februar 45) erörtert.

Das Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 bestimmte in Abschnitt XIII, "daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei

und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß", und zwar "in geordneter und humaner Weise". Die Einzelheiten sollte ein Plan des Alliierten Kontrollrats regeln. Die systematische Vertreibung der deutschen Bevölkerung begann jedoch bereits im Juli/August 45, also ehe der Ausweisungsplan des Kontrollrates am 17.10.45 unterzeichnet worden war.

Sie geschah keineswegs "in geordneter und humaner Weise", sondern in völker- und menschenrechtswidriger Art, und erfaßte auch die deutsche Bevölkerung aus den polnischer Verwaltung unterstellten deutschen Ostgebieten und dem der Sowjetunion übergebenen nördlichen Ostpreußen. Darüber hinaus waren seit Ende 44 schon Millionen von Deutschen vor der vordringenden Roten Armee westwärts geflohen. Die Vertriebenen und Flüchtlinge verloren nicht nur ihre Heimat, sondern meist auch ihre gesamte Habe.

1944/45 lebten in Ostdeutschland und in Osteuropa insgesamt 19,17 Millionen deutsche Staatsangehörige oder sogenannte Volksdeutsche, davon in den deutschen Ostgebieten (mit Danzig) 10,39 Millionen, in Polen 1,26 Millionen, in der UdSSR 2,07 Millionen, in Ungarn 633.000, in der Tschechoslowakei (mit Sudetenland) 3,62 Millionen, in Jugoslawien 550.000, in Rumänien 689.000 und in den übrigen Balkanstaaten 6.000.

Bis 1950 kamen 11,96 Millionen Menschen als Flüchtlinge oder Vertriebene nach Restdeutschland, davon 7,29 Millionen aus den deutschen Ostgebieten, 618.000 aus Polen, 421.000 aus der Sowjetunion, 2,99 Millionen aus der Tschechoslowakei, 213.000 aus Ungarn, 297.000 aus Jugoslawien, aus Rumänien 137.000 und 3.000 aus den übrigen Balkanstaaten. Über zwei Millionen verloren durch Flucht oder Vertreibung ihr Leben.

Der Großteil der insgesamt 4,4 Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge, die zunächst in der (heutigen) DDR oder in Ost-Berlin Aufnahme fanden, zog später als sogenannte Sowjetzonenflüchtlinge in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin (1949 bis Juli 61 rund 2,1 Millionen).

Ab 1950 ging die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Ost- und Ostmitteleuropa in geringerem Umfang weiter, meist auf der Grundlage vertraglicher Abmachungen zwischen der Bundesrepublik und dem betreffenden Staat; bis zum Zusammenbruch des Ostblocks im Jahr 1989 wurden in der Bundesrepublik knapp zwei Millionen Aussiedler registriert.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs übersiedelten mehr als 2,6 Millionen Menschen. Es leben gegenwärtig noch etwa 600.000 Deutschstämmige in Rußland und 50.000 in Kasachstan sowie 500.000 in den Staaten Mittelosteuropas. Die Gründe für die Übersiedlung Deutschstämmiger in die Bundesrepublik sind vor allem in der wirtschaftlichen Situation in der ehemaligen Sowjetunion und nicht in politischer Verfolgung oder gar Vertreibung zu sehen.

In der Bundesrepublik ist der Rechtsstatus der Vertriebenen durch das Bundesvertriebenengesetz vom 19.5.53 geregelt worden. Ihre Eingliederung in die Gesellschaft und Wirtschaft ist, mit Hilfe einer umfangreichen Gesetzgebung, darunter der über den Lastenausgleich, inzwischen weitgehend gelungen.

In der "Charta der Heimatvertriebenen" von 1950 haben die Vertriebenen ausdrücklich auf Vergeltung für das an ihnen verübte Unrecht und auf Gewaltanwendung verzichtet; doch halten ihre Verbände bis heute an der Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937 fest.<<

Der deutsche Historiker Hans-Werner Rautenberg (1938-2009) schrieb später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x035/333-335): >>Den letzten Akt des an der ostdeutschen Bevölkerung vollzogenen Dramas stellt schließlich die Vertreibung dar, die von den meisten der Betroffenen gar nicht mehr als zusätzliches Unrecht, sondern vielmehr als Erlösung empfunden worden ist. Viele Deutsche verließen sogar "freiwillig" ihre Heimat, um weiteren Drangsalierungen und Erniedrigungen zu entgehen.

Die Vertreibung erfolgte nicht erst auf Grund der Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945,

sondern hatte weit eher eingesetzt. Ihr Hauptmotiv war ein rein nationalistisches:

Durch die Austreibung der Deutschen sollten das neue Polen und die neue Tschechoslowakei als reine Nationalstaaten wiedererstehen. Daher sollten die deutschen Ostgebiete und das Sudetenland möglichst in einem Zuge von ihrer deutschen Bevölkerung "gesäubert" und durch Neubesiedlung so rasch wie irgend möglich in den polnischen bzw. tschechoslowakischen Staat integriert werden. ...

Alle polnischer- bzw. tschechischerseits angeführten Begründungen für die Notwendigkeit dieser Maßnahmen tragen den Charakter der nachträglichen Rechtfertigungen:

1.) Die Kompensationstheorie: danach habe Polen für seine Gebietsverluste im Osten entschädigt werden müssen, da es Raum für seine Landsleute gebraucht habe, die ihrerseits vertrieben worden seien. Dieses Argument traf für die Tschechoslowakei so gut wie gar nicht zu, denn die Zahl der aus Wolhynien, Rumänien und der Karpato-Ukraine umgesiedelten Tschechen und Slowaken betrug weniger als 100.000 Menschen, während annähernd 3,5 Millionen Sudetendeutsche ihre Heimat verlassen mußten. Allerdings wurden aus den von der Sowjetunion annektierten ostpolnischen Gebieten etwa 1,5 Millionen Polen nach Westen abgeschoben; dafür aber siedelte Polen ca. 500.000 Ukrainer und Weißrussen aus, hatte also nur etwa 1 Million Menschen neu in sein Staatsgebiet aufzunehmen.

2.) Die Theorie von der angeblichen Kollektivschuld der Deutschen. Sie besagt bis heute, daß Deutschland durch sein Verhalten in Polen und in der Tschechoslowakei während der Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg sich gegenüber diesen Völkern derart versündigt habe, daß der Verlust seiner Ostgebiete als gerechte Strafe erscheint.

3.) Für die polnische Argumentation gilt zudem noch die Theorie von der ethnischen Zugehörigkeit der deutschen Ostgebiete zu Polen. Danach habe es sich um ursprünglich "urpolnisches" Land gehandelt, daß man nach Jahrhunderten rücksichtsloser Germanisierung dem Mutterland "wiedergewonnen" habe. Schon 1945 habe es nämlich in diesen Gebieten Millionen Menschen polnischer Gesinnung gegeben; damit seien die Ansprüche Polens auf diese Gebiete hinreichend begründet.

4.) Einige Zeit wurde die These aufgestellt, die Vertreibung der Deutschen stelle eine logische, wenn auch gewaltsam beschleunigte Konsequenz der seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu beobachtenden Abwanderung deutscher Bevölkerung aus Ostmitteleuropa nach Westdeutschland dar, während Polen und Tschechen natürlicherweise in die von Deutschen verlassenen Räume nachgerückt seien. Die Vertreibung habe insofern nur das zeitlich vorweggenommen, was in 50 bis 100 Jahren ohnehin erfolgt wäre. ...

5.) Schließlich wird die Ausweisung der Deutschen - besonders von tschechischer Seite - mit dem Argument gerechtfertigt, daß man sich ein für allemal einer potentiellen Irredenta (einer politischen Bewegung, die den staatlichen Anschluß abgetrennter Gebiete an das Mutterland erstrebt) habe entledigen und deshalb die Nationalitäten "entflechten" müssen.

Tatsächlich aber handelte es sich bei der Vertreibung der Deutschen, wie sie zuerst von exiltschechischer Seite schon im Winter 1941/42 gefordert und im Laufe des Krieges von den alliierten Mächten akzeptiert wurde, nach den treffenden Worten von Gotthold Rhode "nur (um) die übersteigerte Fortsetzung der Vertreibung aus nationaler Intoleranz und der Nationalstaatsidee, wobei (wie im Falle der Tschechoslowakei) historische Grenzen, die nie nationale Grenzen gewesen waren, oder rein machtmäßig festgesetzte Grenzen wie die Oder-Neiße-Linie (im Falle Polens) in Zukunft nationale Scheidelinien bilden sollten."

Polnische und tschechische Kommunisten haben sich im übrigen die Forderungen der von ihnen ansonsten bekämpften Nationalisten sogleich zu eigen gemacht, als sie die Regierungsgewalt in den ihrer Verwaltung übergebenen Gebieten übernahmen. Daß Stalin der Vertreibung der Deutschen zustimmte, während die Sowjetunion sonst keine Bevölkerungsgruppen - man denke an die Krimtataren und an die Wolgadeutschen - aus ihrem Machtbereich entließ,

findet seine einzig überzeugende Erklärung in der Erwartung, die "Millionen bettelarmer Vertriebener, die nach Mittel- und Westdeutschland einströmten, würden dort ein solches Element der Unruhe und Unzufriedenheit darstellen, daß über sie die Sowjetisierung ganz Deutschlands erreicht werden könne" (Rhode). ...

Die Vertreibung war und bleibt ein Unrecht, dem mehr als zwei Millionen Menschen auf deutscher Seite zum Opfer fielen. Mit Flucht und Vertreibung, die alles andere als in "geordneter und humaner Weise" vor sich ging, wie sie das Potsdamer Abkommen vorgesehen und angeordnet hatte, ging rund ein Viertel des deutschen Reichsgebiets von 1937 verloren. Von den etwa 16 Millionen Deutschen im Osten – wobei die Rußlanddeutschen nicht mitgerechnet sind – ist dabei mehr als ein Fünftel ums Leben gekommen; das ist ein Mehrfaches der Kriegsverluste der übrigen deutschen Bevölkerung.

Stalins Hoffnung, mit Hilfe der deutschen Vertriebenen ganz Deutschland revolutionieren zu können, hat sich bekanntlich nicht erfüllt, und auch die vermeintlichen Nutznießer der "nationalen Entflechtung" durch Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat, die Tschechen und Polen, können sich allen offiziellen Beteuerungen zum Trotz kaum glücklich schätzen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x160/1-2,5-6): >>Die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa 1945-1947 war die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte. Die Einwohnerzahl der Vertreibungsgebiete entsprach mit über 20 Millionen derjenigen der Republiken Finnland, Island und Irland und der Königreiche Norwegen, Schweden und Dänemark zusammengenommen.

Noch nie in der Geschichte wurde eine so große Volksgruppe mit einem Federstrich aus den Geschichtsbüchern und Atlanten getilgt und zu Menschen ohne Menschenrechte gemacht. Man wird vergeblich nach Vergleichbarem suchen. In Zeiten des Neuassyrischen Reiches wurden unter Assurnasripal (883-859 v. Chr.) und Assurbanipal (669-627 v. Chr.) 4,5 Millionen gewaltsam vertrieben. Die nächstgrößeren Gruppen dürften die je 7,5 Millionen indischen und pakistanischen Flüchtlinge der Jahre 1947-1949 sein.

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat in den 50er Jahren die alteingesessene Bevölkerung der deutschen Vertreibungsgebiete außerhalb der Sowjetunion mit 16,5 Millionen ermittelt. In dieser Ziffer nicht enthalten sind außer den 1,5 Millionen Rußlanddeutschen (sie wurden überwiegend von Westen nach Osten vertrieben) noch fast 2,5 Millionen West- und Mitteldeutsche. Insgesamt lebten also bei Kriegsende über 20 Millionen Deutsche in den ostdeutschen und osteuropäischen Vertreibungsgebieten. Davon entfielen etwa 50 % auf Ostdeutschland in seinen Grenzen von 1937, der Rest auf das Sudetenland und die deutschen Sprachinseln zwischen Donau und Wolga.

Flächenmäßig umfaßten die Ostgebiete des Deutschen Reiches ein Viertel des deutschen Staatsgebietes, wenn man die Grenzen von 1937 zugrunde legt, und einen noch größeren Anteil, wenn man Sudetenland, Memelland und die freie Stadt Danzig, kurzum das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet im Osten einbezieht.

Nicht alle Ostdeutschen und nicht alle Volksdeutschen wurden nach West- und Mitteldeutschland vertrieben. Im Jahr 1950 zählte man ca. 830.000 Rußlanddeutsche, die die Verschleppung in den asiatischen Teil der Sowjetunion überlebt hatten, und über 3,3 Millionen Deutsche in den anderen Vertreibungsgebieten, die in ihrer alten Heimat meist unter unwürdigen Umständen wohnen durften bzw. mußten.

In der Bundesrepublik lebten 1950 rd. 8,1 Millionen Vertriebene.

Bei der Vertreibung zu Tode gekommen sind zwischen 2,8 und 3 Millionen Menschen. Davon entfallen über 600.000 auf Rußlanddeutsche und 2,2 Millionen auf die alteingesessene Bevölkerung der Oder-Neiße-Gebiete und der anderen Vertreibungsgebiete. Die Gesamtzahl der

Vertreibungstoten entspricht ziemlich genau der seinerzeitigen Einwohnerzahl der Republik Irland. ...<<

>>... So absurd es auch klingen mag, die Vertreibung in den Westen erschien nun fast als Hoffnung, als letzte Chance, wenigstens das nackte Leben zu retten. Zwar sind auf den Vertreibungstransporten noch Tausende an Hunger, Kälte und Erschöpfung gestorben, aber immerhin hatte man eine Chance.

In den Jahren zwischen 1945 und 1947 waren die Vorgänge in den Vertreibungsgebieten überwiegend von Gewalt und Grausamkeit geprägt, und spätestens 1950 war die Vertreibung praktisch abgeschlossen. Aber auch in den folgenden Jahren blieben die daheimgebliebenen Deutschen de facto und in einigen Ländern sogar de jure diskriminiert – Bürger minderen Rechts. Der Weg in die Bundesrepublik erschien Millionen von Menschen als Lösung bzw. Erlösung. Daß zwischen 1950 und 1987 im Jahresdurchschnitt nur zwischen 15.000 und 50.000 Ostdeutsche (das Jahr 1958 mit über 132.000 bildete die Ausnahme) zu uns kamen, lag ausschließlich an der restriktiven Ausreisepolitik der osteuropäischen Regierungen.

Schnell änderte sich die Lage, als Gorbatschows Reformpolitik zu greifen begann. Mit über 202.000 Aussiedlern erreichte die Statistik schon 1988 einen unerwarteten Anstieg. 1988 kamen 377.000, 1990 über 400.000. Insgesamt kamen zwischen 1950 und 1990 rund 2,4 Millionen Deutsche aus Ostdeutschland und Osteuropa in die Bundesrepublik. 3,2 Millionen wohnen immer noch in den Vertreibungs- und Deportationsgebieten. ...

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Was auf den ersten Blick als "die Vertreibung" erscheint, war in Wirklichkeit ein makabres Panoptikum aus Massaker und Flucht, aus Deportation zur Zwangsarbeit und Internierung in Lagern. Die eigentliche Vertreibung und die sog. Spätaussiedlung waren nur das Finale, die Spitze des Eisbergs. Zudem bestanden gewaltige regionale Unterschiede beim Ablauf des Vertreibungsgeschehens.

Naturgemäß ist es nicht einfach, einen derart vielschichtigen Tatbestand rechtlich einzuordnen. Kein Geringerer als Prof. Felix Ermacora, der UNO-Sonderbeauftragte für Afghanistan, sieht den Tatbestand des Völkermordes im Sinne der UNO-Resolution vom 9.12.1948 erfüllt. ... Die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte stellt zugleich den größten Verbrechenskomplex der Nachkriegsgeschichte dar.<<